

## **Beschlußempfehlung und Bericht** **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Angelika Beer, Amke Dietert-Scheuer,  
Dr. Uschi Eid und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**– Drucksache 13/5786 –**

### **Rücknahme der Hermes-Bürgschaft für Rüstungslieferungen an die Türkei**

#### **A. Problem**

Soziale und menschenrechtliche Bedenken hinsichtlich der Gewährung einer Hermes-Bürgschaft für die Lieferung von Militärlastwagen an die Türkei.

#### **B. Lösung**

Rücknahme der Hermes-Bürgschaft für die Lieferung von 590 Militärlastwagen und der bereits erfolgten Genehmigung für die Rüstungslieferung. Einführung eines formalisierten Verfahrens zur systematischen Erfassung und Gewichtung von ökologischen, sozialen, entwicklungs- und friedenspolitischen Faktoren und Kriterien bei der Vergabe von Hermes-Krediten.

#### **Mehrheitliche Ablehnung im Ausschuß**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Keine

**Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag – Drucksache 13/5786 – abzulehnen.

Bonn, den 15. Januar 1997

**Der Ausschuß für Wirtschaft**

|                      |                         |
|----------------------|-------------------------|
| <b>Friedhelm Ost</b> | <b>Ernst Schwanhold</b> |
| Vorsitzender         | Berichterstatter        |

**Bericht des Abgeordneten Ernst Schwanhold****I.**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/5786 – wurde in der 135. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. November 1996 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuß, den Finanzausschuß und den Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

**II.**

Der Auswärtige Ausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 4. Dezember 1996 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei einer Enthaltung der Fraktion der SPD beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 1996 mangels Zuständigkeit auf ein Mitberatungsvotum verzichtet. Die Fraktionen F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren bei der Beschlußfassung nicht anwesend.

Der Verteidigungsausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 15. Januar 1997 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

**III.**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt auf die Rücknahme der Hermes-Bürgschaft für die Lieferung von 590 geländegängigen Militärlastwagen an die Türkei sowie auf die Rücknahme einer bereits erfolgten Genehmigung für diese Lieferung ab. Ferner soll die Bundesregierung ein formalisiertes Verfahren zur systematischen Erfassung und Gewichtung von ökologischen, sozialen, entwicklungs- und friedenspolitischen Faktoren und Kriterien bei der Vergabe von Hermes-Krediten einführen.

Die Antragsteller begründen dies damit, daß in der Türkei ein Krieg gegen die kurdische Bevölkerung geführt werde, in dem die türkische Regierung mehrfach gegen menschenrechtliche Grundsätze geltender völkerrechtlicher Verträge verstoßen habe. Die Lieferung von rüstungs- und rüstungsrelevanten Gütern und insbesondere die Übernahme von Hermes-Bürgschaften für solche Lieferungen seien aus menschenrechts- und friedenspolitischer Sicht nicht zu rechtfertigen.

**IV.**

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 15. Januar 1997 beraten. Er beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/5786 – zu empfehlen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefaßt.

Bonn, den 15. Januar 1997

**Ernst Schwanhold**

Berichterstatter

